

Landesregierung Schleswig-Holstein

Pressemitteilung

veröffentlicht am: 24.01.2006

Ministerpräsident Peter Harry Carstensen: Modernisierung der Landesverwaltung jetzt zügig voranbringen

KIEL. Das Kabinett hat die umfassende Modernisierung der Landesverwaltung auf den Weg gebracht. Rund 2.100 Stellen in der Landesverwaltung sollen abgebaut, verlagert oder privatisiert werden. Dazu nahm die Landesregierung heute (24. Januar) den "Schlie-Bericht" zur Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung zustimmend zur Kenntnis und beauftragte die Ressorts mit der Umsetzung der zum Teil sehr weitreichenden Vorschläge.

Die Projektgruppe unter der Leitung von Staatssekretär Klaus Schlie hatte die Aufgaben von knapp 8.000 der rund 56.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter die Lupe genommen. "Die Projektgruppe schlägt vor, dass durch den Verzicht auf Aufgaben rund 570 Stellen in der Landesverwaltung gestrichen werden sollen", sagte Ministerpräsident Peter Harry Carstensen nach der Kabinettsitzung. Durch die Verlagerung von Aufgaben auf die kommunale Ebene sollen nach dem Schlie-Bericht vom Land weitere 1.220 Planstellen abgegeben werden. Das Optimieren von Prozessen bietet nach den Empfehlungen ein Einsparpotenzial von knapp 90 Stellen. Die Aufgabenverlagerung auf Dritte soll demnach 260 Stellen umfassen.

"Angesichts des Schuldenstandes des Landes ist eine Konsolidierung des Haushalts ohne eine grundlegende Reform der Aufgaben der Landesverwaltung nicht möglich", sagte Carstensen. "Wenn wir wieder politische Handlungsspielräume gewinnen wollen, müssen wir die Aufgaben und die Struktur der Landesverwaltung auf den Prüfstand stellen. Dies haben wir getan."

Auf der Grundlage dieser Vorschläge sind weitreichende Schritte zur Neuorganisation der Landesverwaltung geplant. Die Aufgaben werden in wesentlichen Teilen kommunalisiert: **So sollen die Staatlichen Umweltämter**, die Ämter für ländliche Räume, die Katasterämter, das **Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit** sowie das Landesamt für Natur und Umwelt **aufgelöst werden**. "Wir setzen die Vorgaben des Koalitionsvertrages Punkt für Punkt um", so der Ministerpräsident.

Der Küstenschutz soll künftig in einem Landesbetrieb zusammengefasst werden. Beim Thema Forst kam das Kabinett überein, mit Hilfe externer Fachleute Möglichkeiten zur Privatisierung zu sondieren. Parallel dazu wird die Neuorganisation der Landesforste in einer anderen Rechtsform vorbereitet, um am Ende die für Schleswig-Holstein wirtschaftlichste Lösung zu erreichen. Auf den Prüfstand kommt der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr mit dem Ziel, auch hier die Kosten zu senken. Im Bereich des Sozialministeriums wird eine intensivere Zusammenarbeit mit den norddeutschen Nachbarn dazu beitragen, Synergien zu heben und Personalkosten zu senken, wenn es nicht zu einer vorrangig angestrebten Kommunalisierung der Aufgaben kommt.

"Ich weiß, dass diese Pläne in einigen Bereichen zu heftigen Diskussionen führen werden. Das ist gut so und bringt uns weiter", sagte der Regierungschef. "Diese Koalition ist angetreten, um Schleswig-Holstein wieder nach vorne zu bringen. Denkverbote helfen da nicht weiter. Ich appelliere an die Fraktionen, die Vorschläge intensiv und ernsthaft zu prüfen und das Konzept der Regierung mitzutragen. Wir brauchen eine schlagkräftige, effiziente und schlanke Verwaltung." Der Schlie-Bericht biete eine wichtige Grundlage, um jetzt auch beim Abbau unnötiger Regelwerke und überhöhter Standards voranzukommen. "Das ist im Sinne der Bürger und der Wirtschaft", so Carstensen.

"Knapp 40 Prozent unseres Haushaltes fließen in Personal und Versorgungskosten. Das müssen wir dringend reduzieren, wenn wir unsere Haushaltsziele erreichen wollen", ergänzte Finanzminister Rainer Wiegard. "Die Verlagerung von Aufgaben auf die kommunale Ebene muss zu Synergien und Kosteneinsparungen führen."

Wiegard wies darauf hin, dass vor allem der jährliche Anstieg der Versorgungslasten um 30 Millionen Euro gestoppt werden müsse. Dabei helfe langfristig jede Stelle, die jetzt aus der Landesverantwortung herausgenommen werde.

Staatssekretär Klaus Schlie betonte, mit der weitgehenden Auflösung der Landesämter werde eine klarere Struktur erreicht: "Künftig wird es eine noch deutlichere Trennung zwischen Steuerung und Vollzug geben. Die Ministerien steuern, den Vollzug leistet so weit wie möglich die kommunale Ebene." Deshalb sei es wichtig gewesen, dass die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände in den gesamten Prozess der Aufgabenkritik eingebunden waren. Dies habe Akzeptanz geschaffen.

Die genaue Zahl der abzubauenen, zu verlagernden oder zu privatisierenden Stellen und die sich daraus ergebenden Einsparungen für den Landesetat könne er noch nicht verbindlich beziffern, sagte Schlie. Er halte die Zahl von 2.100 Stellen für "vorsichtig gerechnet", denn es seien noch zahlreiche Prüfaufträge abzuarbeiten sowie Einsparungen aus beschlossenen Prozessoptimierungen zu erbringen.

Der Beschluss des Kabinetts ist nur ein Anfang: Bisher wurden nur die Aufgaben von 8.000 Landesbeschäftigten untersucht. In der zweiten Phase sollen bis zum Jahresende die Bereiche Justiz, Bildung und Steuerverwaltung - 48.000 Beschäftigte - unter die Lupe genommen werden.